

Irland: Busse von EUR 345 Mio. gegen TikTok – Verletzungen der Informationspflicht und unzureichende TOMs betr. Kinder

Die Irische Datenschutzbehörde, die Data Protection Commission (DPC), hat am 1. September 2023 eine 125-seitige Entscheidung betr. Tik Tok gefällt, die mehrere Verstöße feststellte und entsprechend eine **Busse von EUR 345 Mio.** verhängte ([Medienmitteilung](#)). Die DPC stellt die Untersuchung wie folgt dar:

DPC fines TikTok €345 million for violations of children's data



The Inquiry

The DPC examined how TikTok processed children's data by looking at:

- Platform settings for child users, including the Family-Pairing setting;
- Age verification; and
- Transparency information for children.



The Time Period

The DPC launched an investigation into TikTok in Sept 2021 and examined how TikTok processed children's data between **31 July and 31 Dec 2020**.



The Findings

The profile settings for child user accounts were set to public by default, meaning anyone (on or off TikTok) could view the content posted by the child user.

- Articles infringed: 25(1), 25(2), 5(1)(c), and 24(1)

The 'Family Pairing' setting allowed a non-child user (who could not be verified as the parent or guardian) to pair their account to a child user's account. This allowed the non-child user to enable Direct Messages for child users above the age of 16, which posed severe possible risks to child users.

- Articles infringed: 5(1)(f) and 25(1)

The fact that profile settings for child users were set to public by default also posed several possible risks to children under the age of 13 who gained access to the platform.

- Articles infringed: 24(1)

TikTok failed to provide sufficient transparency information to child users.

- Articles infringed: 12(1) and 13(1)(e)

TikTok implemented 'dark patterns' by nudging users towards choosing more privacy-intrusive options during the registration process, and when posting videos.

- Articles infringed: 5(1)(a)



The Outcome

The DPC has issued:

- A **reprimand**,
- An **order** for TikTok to **bring their processing into compliance** within three months, and
- An administrative fine of **€345 million**.



Die DPC als Leitbehörde hatte am 14. September 2021 eine Untersuchung von TikToks Datenbearbeitungen eingeleitet. In der Folge wurden die weiteren Aufsichtsbehörden nach Art. 60 Abs. 3 DSGVO konsultiert. Einwände der italienischen und der Berliner Behörde konnten nicht einvernehmlich geregelt werden, weshalb der EDSA nach Artikel 65 Abs. 1 lit. a DSGVO eingeschaltet wurde. Am 2. August 2023 hatte der EDSA verbindlich entschieden. Die vorliegende Entscheidung der DPC basiert in Teilen auf dieser Entscheidung des EDSA.

Gegenstand der Untersuchung war die Bearbeitung von Personendaten von als Nutzer **registrierter Personen zwischen 13 und 17 Jahren** in der Zeit zwischen dem 31. Juli und dem 31. Dezember 2020 (TikTok steht Personen über 13 Jahren offen, und "Kind" bedeutet nach dem Data Protection Act 2018 (i.V.m. Art. 8 Abs. 1 DSGVO) eine Person unter 18 Jahren).

Die DPC erkannte **mehrere Verstöße** von TikTok gegen die DSGVO:

- Inhalte waren auch für Kinder **standardmässig auf “öffentlich” gesetzt**. Alle Personen, auch nicht bei TikTok registriert, konnten entsprechende Inhalte sehen. Hier fehlten angemessene technische und organisatorische Massnahmen, um sicherzustellen, dass standardmässig nur notwendigen Daten bearbeitet wurden. Dies versties gegen Privacy by Design und das Prinzip der Datenminimierung und führte zu erheblichen Risiken für die betroffenen Kinder. TikTok hatte zudem versäumt, die entsprechenden Risiken einzuschätzen.
- Mit einer sog. **“Familienverknüpfung”** konnten Dritte – bspw. Eltern – ihr Konto mit jenem des Kindes verbinden. Danach konnte der Dritte aber auch eine **Direktnachrichten-Funktion für Kinder über 16 aktivieren**. Dies stellt ebenfalls eine Verletzung angemessener technischer und organisatorischer Massnahmen dar, weil kein Grund ersichtlich war, weshalb der Dritte nicht nur strengere, sondern auch weniger strenge Datenschutzeinstellungen vornehmen konnte.
- TikTok hatte zwar Massnahmen getroffen, um eine Registrierung von Kindern unter 13 zu verhindern. Das Risiko, dass **Kinder unter 13 dennoch Zugang zur Plattform** erhielten, war aber nie strukturiert eingeschätzt worden. Eine Datenschutz-Folgenabschätzung lag zwar vor, aber dieses Risiko war ausser Acht gelassen worden.
- TikTok hatte **die Informationspflicht** verletzt. Zwar informierte TikTok, dass bei einer öffentlichen Kontoeinstellung Dritte Zugang zu den Inhalten erhielten (“public”, “everyone”, “anyone”). Dass dies aber nicht nur für andere registrierte Nutzer galt, sondern auch jeder Internetnutzer ausserhalb von TikTok Inhalte einsehen konnte, wurde nicht mitgeteilt (und es wurden zu vage Begriffe wie “may” verwendet). Darin erkannte die DPC sowohl eine Verletzung von Art. 13 f. DSGVO. Demgegenüber war der allgemeine **Transparenzgrundsatz** nicht verletzt. Im Anschluss an den EDSA versteht die DPC den Transparenzgrundsatz einschränkender:

In the particular circumstances, I do not consider that TTL’s informational deficits constitute an infringement of Article 5(l)(a). This is because, **while the infringements of Articles 12(1) and 13(l)(e) GDPR are serious in nature, they are not of such a nature that they extend beyond the confines of those specific articles and are not sufficiently extensive to amount to an overarching infringement of the transparency principle**. Specifically, and having regard to EDPB Binding Decision 01/2021, I do not consider that TTL’s informational deficits are of the nature or extent described in [EDPB Binding Decision 1/2021](#) such that it might be said that there has been an infringement of the Article 5(l)(a) GDPR transparency principle itself.

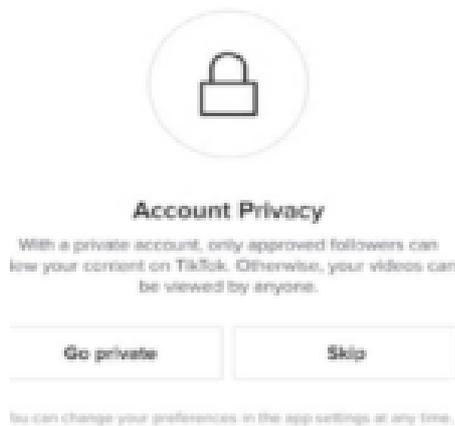
- Verletzt war aber auch der **Fairness-Grundsatz**. Grund war “Nudging”: Bei den Kontoeinstellungen konnte der Nutzer zwar die Option “privat” wählen; bei den entsprechenden Einstellungen wurde er aber eingeladen, die

Einstellung

zu

überspringen

(“skip”):



Die DPC wies TikTok deshalb an, die entsprechenden Verletzungen in Ordnung zu bringen, soweit TikTok das nicht bereits getan hatte. Die DPC verhängte ferner eine **Busse** von insgesamt EUR 345 Mio. Dabei hielt die DPC unter anderem fest,

- dass für die meisten Verstöße **kein Vorsatz** nachweisbar war, mit Ausnahme der Tatsache, dass Konten by default öffentlich waren;
- dass im Anschluss an Erwägungsgrund 150 der **kartellrechtliche Unternehmensbegriff** massgebend ist für die Bestimmung der Bussenobergrenze (basierend auf dem weltweiten Jahresumsatz). Auszugehen ist von der widerlegbaren Vermutung, dass Konzernunternehmen unter einheitlicher Leitung stehen, soweit eine Konzernobergesellschaft direkt oder indirekt einen bestimmenden Einfluss hat. **Nicht erforderlich** ist dabei insbesondere, dass die **Obergesellschaft eine Verantwortliche** ist, d.h. die konkrete Datenbearbeitung bestimmt. Widerlegt würde die Vermutung durch den Nachweis, dass die Gesellschaft, deren Verstoß zur Diskussion steht, mit “real autonomy” handelt;
- die Höhe der Gesamtbusse ergibt sich aus Bussen für die einzelnen Verstöße. Es ist also nicht nur der schwerste Verstoß zu bestimmen und dessen Busse angemessen zu erhöhen, sondern die Bussen für die **Verstöße sind zu addieren**.

Medienmitteilung unter:

<https://www.dataprotection.ie/en/news-media/press-releases/DPC-announces-345-million-euro-fine-of-TikTok>

Quelle:

https://datenrecht.ch/irland-busse-von-eur-345-mio-gegen-tiktok-verletzungen-der-informationspflicht-und-unzureichende-toms-betr-kinder/?utm_source=datenrecht&utm_campaign=5e35d32fce-datenrecht-Mailchimp&utm_medium=email&utm_term=0_15155ce73b-5e35d32fce-90792857